

25. VII. 1919

Staatssekretär Schumpeter über Friedensbedingungen und Vermögensabgabe.

Wien, 24. Juni.

Der Staatssekretär für Finanzen Professor Doktor Schumpeter äußerte sich gegenüber einem Vertreter der Presse über die bisherigen finanziellen Friedensbedingungen für Deutschösterreich, das Problem der Vermögensabgabe sowie andere inner- und außenpolitische Fragen folgendermaßen:

„Die finanziellen Friedensbedingungen, so wie sie in dem Friedensentwurf der Entente bisher enthalten sind, wären für uns zweifellos ruinös. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man diesbezüglich der Öffentlichkeit die Wahrheit sagen muß. Denn wenn diese Friedensbedingungen wirksam werden würden, könnte von einer korrekten Finanzwirtschaft nicht mehr die Rede sein. Was die Gerüchte über günstigere Friedensbedingungen betrifft, so ist allerdings anzunehmen, daß sich allmählich das Bewußtsein von der grotesken Unmöglichkeit dieser Bedingungen auch in Entente-Kreisen Bahn bricht. Gleichzeitig möchte ich aber darauf warnen, sich zu großen Hoffnungen hinzugeben, ich erinnere daran, daß auch vor Ueberreichung dieser Friedensbedingungen hier auch einen Moment bessere Hoffnung bestand. Diese Erwartung ist hier aber enttäuscht worden, die Schwierigkeiten einer Milderung sind sehr groß, und es wäre ganz unangebracht, größere Hoffnungen zu erwecken. Der Grund für diese Friedensbedingungen kann nur ein Motiv haben, und zwar, Deutschösterreich zu vernichten. Die finanziellen Friedensbedingungen, wie sie bisher vorliegen, sind unerfüllbar, es werden uns unsere Aktiven im Ausland, auch im Neu-Ausland, weggenommen und wir sollen die Eigentümer entschädigen; das ist der Regierung natürlich ganz unmöglich, weil diese Aktiven einen großen Teil unseres Volksvermögens darstellen, und vom Reste des Volksvermögens zu verlangen, daß es die letzten Werte hergibt, ist einfach unmöglich.“

Die zwei Hauptpunkte, die der vorliegende Friedensvertrag enthält, haben zur Folge, daß erstens unsere Aktiven in den Nationalstaaten liquidiert werden können und zweitens die ungünstige Umrechnung unserer Valuta in den Nationalstaaten und im Alt-Ausland. Bezüglich der Wiedergutmachung wissen wir ja noch gar nichts.

Während der Friedensverhandlungen kann man das Vermögensabgabegesetz nicht vor das Haus bringen, weil wir nicht wissen, mit welchen finanziellen Mitteln wir dann noch zu rechnen haben können. Der Plan der Vermögensabgabe wird aufrechterhalten, es sei denn, daß die Friedensbedingungen derartige sind, daß die Vermögensabgabe nicht mehr als eine finanzielle Rettung erscheinen kann. Die Vermögensabgabe ist nur möglich, wenn sie rettet. Zur Vermögensabgabe kommt es jedenfalls, solange wir auf eine korrekte Finanzwirtschaft im bisherigen Sinne hoffen können; nur wenn eine geordnete Finanzpolitik infolge der Friedensbedingungen nicht mehr möglich sein sollte, dann würde die Vermögensabgabe unterlassen werden. Denn es ist selbstverständlich unmöglich, sie zu machen, wenn man sie nur für den Gegner macht, und in diesem Falle müßte man sich nach ganz neuen Grundlagen und Prinzipien umsehen.

Ich glaube, daß sich unsere Valuta erheblich bessern läßt, wenn die Friedensbedingungen entsprechende sind und wenn es gelingt, unsere Ausgaben einzuschränken. Zu einer Auseinandersetzung mit den neuen Nationalstaaten bezüglich der Liquidierung muß es natürlich kommen.

Die Frage der Aufnahme Deutschösterreichs in den Völkerbund hängt ganz von der Konstellation ab. Es ist möglich, aber ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß die Aufnahme in den Völkerbund gleich geschehen wird. Der Friede mit Deutschösterreich dürfte in einem bis zwei Monaten unterzeichnet werden, in den Grundlagen ist er für die nächsten Wochen zu erwarten.

Ich glaube nicht, daß der Friede mit Deutschland, so wie er ist, daselbe erdrücken wird. Denn Deutschland ist nicht zu erdrücken. Es wird eine Zeit des Hinaufgehens und Hinaufgehens durchzumachen haben, ich bin aber überzeugt, daß sich Deutschland seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Es wird ja bereits jetzt eifrig gearbeitet, die deutsche Tätigkeit zeigt sich überall, und ich zweifle nicht an seiner Zukunft.

Die Beteiligung des Ententekapitals an unserem Wiederaufbau erscheint sowohl notwendig wie möglich. Ordnung in den Staatsfinanzen, Währungsreform und eine reine Wirtschaftspolitik wird, immer unter der Voraussetzung halbwegs erträglicher Friedensbedingungen, durchführbar sein.

Es besteht natürlich der Wunsch, in Innsbruck eine Art „Freihafen“ zu begründen, die Sache ist noch nicht spruchreif, da wir uns über unsere Grenzen noch nicht einig sind. Aber daß wir den Tirolern entgegenkommen, soweit es möglich ist, ist selbstverständlich. Es ist ein Beweis, wie notwendig der Zusammenhang mit Wien für die Kronländer auch wirtschaftlich ist, denn es würde dieser Umschlagplatz und die Hoffnungen, die sich an ihn knüpfen, alle Grundlagen verlieren, wenn Tirol sich loslagern würde. Für diese Station kommen zollfreie Einfuhr, Freilager und freier Transitverkehr in erster Linie in Betracht.

Staatssekretär Dr. Schumpeter sprach dann noch über die aufklärende Tätigkeit der Presse gegenüber den Forderungen der Entente: „Ich denke sehr hoch von der Funktion der Presse, es handelt sich bei der Entente um vollständige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, und dies immer wieder darzulegen, daß man uns nicht verbarrikadieren soll, kann stets nur von bester Wirkung sein.“

Der verschobene Vortrag des Staatssekretärs Doktor Schumpeter in der Nationalökonomischen Gesellschaft über die wirtschaftlichen Friedensbedingungen findet Freitag den 27. d., halb 8 Uhr abends, im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer, 1. Bezirk, Stubenting 8/10, 1. Stock, statt.